

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Walther Hofer

Von der europäischen  
zur globalen Weltgeschichte

Thilo Castner  
Bernhard Sutor

Politik und Moral  
bei Karl Jaspers

Kritische Stellungnahme  
und Antwort

B 29/67

19. Juli 1967

W a l t h e r H o f e r, Dr. phil., o. Professor für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, geb. 1920 in Kappelen b. Aarberg/Schweiz.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1954 (3. erweiterte Auflage Frankfurt 1964); Der Nationalsozialismus, Frankfurt 1957; Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Konstanz 1960; Die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Zürich 1963.

T h i l o C a s t n e r, Dr. phil., Studienrat im Dienste der Stadt Nürnberg und Dozent an der Volkshochschule Nürnberg, geb. 1935.

Zeitschriften-Veröffentlichungen in: Wirtschaft und Erziehung, Die Deutsche Berufsschule, Wirtschaftsschule, Wirtschafts- und Berufserziehung, Der Merkur-Bote.

B e r n h a r d S u t o r, Dr. phil., Oberstudienrat am Ketteler-Kolleg in Mainz und Fachleiter für Politische Gemeinschaftskunde am Staatlichen Studienseminar in Mainz, geb. 1930.

Veröffentlichungen: Über das Verhältnis von Kirche und katholischer Staatslehre zur Demokratie, in: Die neue Ordnung, 1965; Politik und Philosophie, Mainz 1966; mehrere Aufsätze über didaktische und methodische Fragen des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Von der europäischen zur globalen Weltgeschichte

## Eine Skizze

Arnold Toynbee, bekannt für seine oft eigenwilligen Ansichten, hat kurz nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausspruch getan, wir Europäer seien die einzigen, deren Geschichtsbild noch dasjenige aus der Zeit vor Vasco da Gama sei. Was wollte er mit diesen paradox scheinenden Worten sagen? Daß die Europäer wohl seit ungefähr 1500 die Welt, das heißt, die andern Kontinente zu entdecken und zu erobern begonnen, daraus aber bis in unsere Zeit nicht die Konsequenzen gezogen hätten für ihr geschichtliches Denken und ihr politisches Han-

deln. Die Europäer betrachteten also auch im 20. Jahrhundert die Weltgeschichte immer noch innerhalb eines auf Europa begrenzten Horizontes, gerade so, als ob Europa immer noch mehr oder weniger allein in der Weltgeschichte vorhanden wäre. Sie seien nicht zur Einsicht vorgedrungen, so kritisiert der erwähnte Engländer weiter, daß die Existenz der außereuropäischen Völker im Begriff sei, für das eigene europäische Schicksal ein mitbestimmender Faktor zu werden.

## Weltgeschichte Europas

In früheren Jahrhunderten mochte eine Betrachtungsweise der Weltgeschichte, die Europa im Zentrum der Weltereignisse sah, verständlich sein; denn die Zeit seit dem Beginn der großen Entdeckungsfahrten stand ganz im Zeichen europäischer Welteroberung und Weltgeltung, aber auch Weltordnung. (Diesen letzten Punkt sollte man gerade angesichts der gegenwärtigen antikolonialistischen Hysterie hervorheben. Heute jedenfalls haben wir noch keine neue Weltordnung, sondern wohl eher Weltanarchie.) Völker wie die Spanier und die Portugiesen, die Engländer, Holländer und Franzosen eroberten sich große überseeische Kolonialreiche, unter denen das britische Empire das größte und mächtigste Gebilde wurde. In der Tat wurde bis tief ins 19. Jahrhundert hinein die Welt von Europa aus regiert. Allerdings hat die Entstehung eines unabhängigen nordamerikanischen Staates, nämlich der USA, schon im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts eine, wenn auch zunächst kaum spürbare, Bresche in diese europäische Weltmachtstellung geschlagen.

Wie wenig man indessen auf ein solches Ereignis gefaßt war, nämlich auf die Entstehung eines unabhängigen und souveränen Staates außerhalb des traditionellen europäischen Systems, geht etwa daraus hervor, daß man in den europäischen Staatskanzleien zunächst durchaus geneigt war, Amerika als Teil des europäischen Systems anzusehen. Der Gedanke der weltbeherrschenden Stellung Eu-

ropas war so selbstverständlich, daß man sich einen souveränen Staat außerhalb des europäischen Systems gar nicht vorstellen konnte. Aber auch die Amerikaner schwankten, wo-

**Thilo Castner:**

**Politik und Moral bei Karl Jaspers  
Entgegnung zu Bernhard Sutors Aufsatz  
„Existenzphilosophie und Politik“ ... S. 14**

**Bernhard Sutor:**

**Antwort auf Thilo Castners Kritik ... S. 19**

hin sie eigentlich gehören sollten, und es hat vierzig Jahre gedauert, von 1783 bis 1823, bis endgültig entschieden war, daß die USA keinen Teil des europäischen Systems bildeten, sondern Kern eines neuen, eben amerikanischen Systems darstellten. Vom heutigen Standpunkt aus ist es besonders reizvoll, daran zu erinnern, daß vor allem eine Regierung immer wieder versucht hat, die USA in das europäische System samt Heiliger Allianz zu inkorporieren, nämlich die russische.

Durch Jahrhunderte hindurch waren jedenfalls die Völker der anderen Kontinente mehr oder weniger Objekte europäischer Weltpolitik, die Völker Afrikas und teilweise auch Asiens bis in unsere Epoche hinein. Man hat infolgedessen auch mit Recht von einer „Weltgeschichte Europas“ gesprochen.

## Die weltgeschichtliche Bedeutung der Kriege 1914—1918 und 1939—1945

Dieses europäische Weltzeitalter begann sich um die letzte Jahrhundertwende zu Ende zu neigen, sichtbar vor allem am Aufstieg der USA und Japans zu Großmächten, die in welt-politischen Angelegenheiten mitzureden begannen. Man kann den Eintritt dieser beiden Mächte in die Weltpolitik sogar auf das Jahr genau feststellen: 1898 und 1902. Was verbergen sich hinter diesen nackten Zahlen für weltgeschichtliche Ereignisse? 1898 ist das Jahr des spanisch-amerikanischen Krieges, durch welchen die USA in ihre imperialistische Phase eintreten und wichtige Positionen des alten und schwachen spanischen Imperiums erben, einerseits in der karibischen See (Puerto Rico und Cuba), andererseits in Ostasien (Philippinen). Die Entscheidungen von damals wirken bis in unsere Zeit hinüber und haben die Entwicklung der internationalen Politik im 20. Jahrhundert in hohem Maße bestimmt. Der bekannte amerikanische Diplomat und Historiker George Kennan ist bei seiner Suche nach dem Ursprung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes, der im Zweiten Weltkrieg so ungeheure Ausmaße angenommen hat, eben auf dieses Jahr 1898 gestoßen. Damals wurde entschieden, daß die USA auch eine ostasiatische Macht sein würden. Und nun zu Japan: Das Jahr 1902 bringt den Abschluß eines Bündnisses mit England, das gegen Englands Hauptgegner Rußland gerichtet ist. Japan ist somit als gleichberechtigte Großmacht anerkannt — weniger als fünfzig Jahre nach seiner gewaltsamen Erweckung aus jahrhundertelangem Dornröschenschlaf. Schon zwei Jahre später folgt der russisch-japanische Krieg, der zum erstenmal in der Geschichte mit dem Sieg einer asiatischen Macht über eine europäische Großmacht endet. Dieses Ereignis sollte auch eine große Wirkung haben im Sinne einer Beförderung der asiatischen Emanzipationsbestrebungen von der europäischen Vormundschaft.

Durch den Ersten Weltkrieg trat das europäische Weltsystem in eine Krise und endete infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner machtpolitischen Ergebnisse mit einem völligen Zusammenbruch europäischer Weltgeltung und Weltordnung. Wir haben deshalb in den beiden Weltkriegen und ihren Folgewirkungen, also in der Zeit von 1914 bis auf unsere Tage, eine Umbruchzeit weltgeschichtli-

chen Ausmaßes zu sehen. Die beiden Weltkriege bringen eine große weltgeschichtliche Epoche zum Abschluß, nämlich das europäische Weltzeitalter, und sie führen eine neue herauf, die wir als das „globale“ Zeitalter bezeichnen könnten. Dieses neue Zeitalter, in dessen Anfängen wir leben, ist dadurch gekennzeichnet, daß die Welt einen einheitlichen Wirkungszusammenhang darstellt. Zum erstenmal können wir jetzt von einer Weltgeschichte im eigentlichen Sinn sprechen, im Sinne einer planetarischen Interdependenz.

Der Erste Weltkrieg begann zwar wie frühere Kriege innerhalb des europäischen Staatensystems; aber er unterschied sich dadurch von allen früheren Kriegen in Europa, daß er nicht mehr durch europäische Kräfte allein zur Entscheidung gebracht werden konnte. Während das Frankreich Napoleons noch durch eine Koalition aller andern europäischen Großmächte, wenn auch erst nach langen und blutigen Kriegen, besiegt werden konnte, war hundert Jahre später der Eintritt der USA in den Weltkrieg nötig, um den Sieg der Alliierten über das zur Hegemonie strebende kaiserliche Deutschland herbeizuführen. Während 1815 auf dem Wiener Kongreß nur europäische Mächte vertreten waren, gab es unter den großen Fünf bei den Versailler Friedensverhandlungen von 1919 bereits zwei außereuropäische Großmächte, nämlich die USA und Japan. Das europäische System war zum Weltsystem geworden, aber nicht im Sinne einer Ausweitung zu einem System europäischer Weltmächte — wie das historisch-politische Denken in Deutschland unter der Nachwirkung Rankes es erwartet hatte —, sondern im Sinne einer gleichberechtigten Teilnahme außereuropäischer Mächte. Amerika war zur stärksten Weltmacht aufgestiegen, ohne deren Mitsprache keine Neuordnung der welt-politischen Verhältnisse möglich schien. Dafür war eine europäische Macht, die im Staatensystem unseres Kontinentes lange Zeit eine wichtige Rolle gespielt hatte, in ihre nationalen Bestandteile zerfallen: Osterreich-Ungarn, die traditionsreiche Monarchie der Habsburger. Das europäische Staatensystem, in dem seit dem 18. Jahrhundert die fünf Großmächte England, Frankreich, Osterreich, Rußland und Preußen tonangebend gewesen waren, erhielt damit einen ersten schweren Stoß.

Die Folgen des Zusammenbruchs der Doppelmonarchie für das europäische Staatensystem waren verhängnisvoll, weil im Donaunraum ein Machtvakuum entstand, das nur scheinbar durch die neuentstandene Mittel- und Kleinstaatenwelt ausgefüllt wurde. Es ist bezeichnend, daß die in diesem Raum etablierte Neuordnung nur solange einigermaßen funktionierte, bis die wiedererstandene deutsche Macht unter dem nationalsozialistischen Regime ihre neoimperialistische Expansionspolitik begann. Und es ist ebenso symptomatisch, daß die außenpolitische Dynamik des Dritten Reiches zuerst diesen Teil Europas heimsuchte. Wir meinen damit keineswegs nur das militärische Vorgehen gegen Österreich und die Tschechoslowakei, sondern ebenso die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas, das schon vor Kriegsbeginn zum „Großwirtschaftsraum“ oder auch „Versorgungsraum des Großdeutschen Reiches“ deklariert wurde, in welchem andere Mächte nichts zu suchen hätten. „Großwirtschaftsraum“ bedeutete aber, wie sich bald zeigen sollte, nur Vorstufe, Durchgangsstadium für den als endgültig gedachten Zustand des eigentlichen „Großherrschaftsraumes“ Deutschlands; denn dem wirtschaftlichen Interesse folgte die politische Gleichschaltung auf dem Fuße, sei es durch direkten Anschluß an das Reich oder durch den indirekten Anschluß über den Dreimächtepakt, und schließlich, im Vorfeld des Krieges gegen die Sowjetunion, die militärische Sicherung bzw. Besetzung. Damit hatten die betreffenden Länder den letzten Rest an wirklicher Souveränität verloren. Es ist also rückblickend nicht zu bestreiten, daß der Zusammenbruch der Donaumonarchie die neoimperialistische Politik Deutschlands begünstigt, andere scheuen nicht davor zurück, zu sagen: herausgefordert hat.

Der britische Außenminister Palmerston hatte also richtig vorausgesehen, wenn er in einer Unterhausrede im Jahre 1849 sagte, die politische Unabhängigkeit und Freiheit Europas seien gebunden an die politische Unversehrtheit Österreichs als europäische Großmacht. Deshalb müsse alles vermieden werden, so rief er aus, was dazu führen könnte, „Österreich zu schwächen oder zum Krüppel zu machen“. So dachte die britische Politik bis in den Ersten Weltkrieg hinein, und diese Auffassung wurde von der amerikanischen Politik durchaus geteilt. Noch in seiner Rede vom

4. Dezember 1917, mit welcher Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, betonte der amerikanische Präsident Wilson ausdrücklich, „daß wir in keiner Weise wünschen, das österreichisch-ungarische Reich zu schwächen oder anders einzurichten“. Und in den viel zitierten 14 Punkten war bekanntlich nur von Autonomie, keineswegs von völliger Unabhängigkeit der Nationalitäten des Vielvölkerstaates die Rede. Wenn Österreich dann doch zum Krüppel wurde, um das Wort Palmerstons anzuwenden, so kann das allerdings keineswegs, wie es auch heute noch gelegentlich geschieht, einfach den „Friedensmachern von 1919“ in die Schuhe geschoben werden. Die Auflösung der Doppelmonarchie ist nicht auf den Friedensvertrag zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Krieg, der ihm vorausgegangen ist. Der Krieg hat Österreich-Ungarn zerstört, nicht der Frieden. Daß dieser große Krieg die Monarchie zerstören würde, haben weitsichtige Österreicher übrigens schon früh erkannt. Ja, man kann die Sache sogar umdrehen und die These aufstellen, daß die Staatsmänner von 1919 dieses Reich gar nicht mehr hätten erhalten können, selbst wenn sie gewollt hätten! Es ist also eine Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten, wenn da in doktrinärer Weise verlangt wird, man hätte die Donaumonarchie im Interesse des europäischen Gleichgewichts und Staatensystems erhalten sollen. Es gab nichts mehr zu erhalten, nachdem die Monarchie ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb mit demjenigen Deutschlands verbunden hatte. Die von deutscher Seite pathetisch beschworene „Nibelungentreue“ erfüllte sich dann wirklich im Sinne der altgermanischen Sage, nämlich im gemeinsamen Untergang — auch wenn dies natürlich ursprünglich nicht die Meinung gewesen war. All dies ändert indessen nichts an der historischen Erkenntnis, daß der Zusammenbruch der Donaumonarchie die beschriebenen verhängnisvollen Konsequenzen hatte, die weit über den betroffenen geographischen Raum hinauswirkten, wie Palmerston scharfblickend vorausgesehen hatte. Mit diesem Ereignis beginnt der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems. Ob diese Entwicklung schlechterdings unvermeidlich war und mit historischer Notwendigkeit abrollte, gleich einem altgriechischen Schicksalsdrama, oder ob es Möglichkeiten gab, sie aufzuhalten, darüber werden wir später noch einige Gedanken äußern.

Dazu kam indessen ein weiteres Ereignis, das für die Folgezeit, das heißt also für unsere Epoche, von einer Bedeutung sein sollte, die damals wohl kaum jemand richtig vorausgesehen hat: die Machtergreifung der Bolschewisten in Rußland. Sie fällt wie der Kriegseintritt der USA ins Jahr 1917. In der Tat: wenn man ein bestimmtes Jahr als Ausgangspunkt unseres globalen Zeitalters nehmen wollte, dann müßte es unbedingt dieses Jahr 1917 sein.

Die Sowjetrussen sind natürlich sehr stolz darauf, daß auch die westliche Geschichtswissenschaft diesem Jahr so große Bedeutung zuzumessen beginnt; denn das Jahr 1917 bedeutet für alle gläubigen Kommunisten den Beginn eines neuen Zeitalters. Auf dem internationalen Historikerkongreß in Rom im Jahre 1955 meinte ein Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, wenn wir auch noch den Eintritt der USA in den Krieg erwähnen wollten, so sollten wir das ruhig tun, zu vergleichen sei dieses Ereignis mit der bolschewistischen Machtergreifung indessen keineswegs. Ich glaube, daß dies ein Irrtum ist. Denn auch der amerikanische Entschluß, in einen europäischen Krieg einzugreifen, war eine revolutionäre Tat, weil sie mit der hundert Jahre alten Tradition des Isolationismus gebrochen und die Monroedoktrin einseitig außer Kraft gesetzt hat. Wie 1823 das Jahr ist, wo europäisches und amerikanisches System endgültig, das heißt für hundert Jahre getrennt werden, so ist 1917 das Jahr,

mit welchem das europäische und das amerikanische System wieder zusammenzuwachsen beginnen, bis durch den Zweiten und nach dem Zweiten Weltkrieg daraus das atlantische System entsteht. Der Atlantik, der im 19. Jahrhundert Europa und Amerika politisch getrennt hat, wird im 20. Jahrhundert zum Faktor der Einigung. So ist der amerikanische Entschluß von 1917 von mindestens so großer Bedeutung für die internationale Politik geworden wie die Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland. Dazu kommt der ideologische Aspekt, von dem gleich noch mehr zu sagen sein wird.

Beide Ereignisse, der Eintritt der USA in den Krieg und die Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland, sind begleitet von ideologisch-politischen Programmen, die in sich den Anspruch tragen — und ihn auch expressis verbis verkünden —, die Welt umzugestalten. Ja, diese ideologischen Programme scheinen recht eigentlich die politischen Ereignisse legitimieren zu sollen: Amerikas Kriegseintritt soll den Krieg zugunsten der Demokratie und gegen die Autokratie entscheiden und die Welt „safe for democracy“ machen, wie Präsident Wilson sich ausgedrückt hat; die bolschewistische Revolution nur Vorstufe und Anlauf einer umfassenden Weltrevolution sein, die nach geschichtlichem Gesetz die ganze Welt kommunistisch machen wird. Beide Ereignisse spielen sich also, nach der Deutung ihrer Urheber, sozusagen in einem höheren Weltinteresse ab.

### Bolschewistische und demokratische Weltrevolution

Wenn von Weltrevolution die Rede ist, dann denken wir unwillkürlich an den Bolschewismus. Tatsächlich hat Lenin, im Anschluß an Marx, den Sinn der Weltgeschichte in der Vollendung einer sogenannten sozialistischen Weltrevolution gesehen. Auch die Revolution in Rußland war für ihn nur sinnvoll als Auftakt einer solchen Umwälzung, die die ganze Welt ergreifen sollte. Er und seine Leute haben denn auch in den ersten Jahren des bolschewistischen Regimes geglaubt, daß diese Revolution unmittelbar bevorstehe. Es gibt Äußerungen von Lenin und Trotzki, die der Hoffnung Ausdruck geben, die Weltrevolution werde innerhalb einer Woche erfolgen! Dabei fiel besonders Deutschland eine entscheidende Rolle zu. Aber wir sollten beim Begriff „Weltrevolution“ auch an das amerikanische Programm denken. Auch

Wilson wollte, gleich Lenin, mit seinem Programm die ganze Welt erfassen, und er hat es auch offen ausgesprochen. (Auch bei ihm nimmt übrigens Deutschland eine Schlüsselstellung ein!) Und dieses revolutionäre Pathos entsprach einer alten amerikanischen Tradition. Hundert Jahre vor Wilson hat der amerikanische Staatssekretär John Q. Adams — er war der Außenminister des Präsidenten Monroe — die Erwartung ausgesprochen, daß das amerikanische Beispiel alle europäischen Regierungen ins Wanken bringen werde. „Ich halte diese Revolution für so gewiß“, sagte er im Jahre 1823, „wie die Erde sich in einem Jahr um die Sonne dreht.“ Die Revolution, die er meinte, war dieselbe, die Wilson hundert Jahre später entfachen wollte, nämlich die Verwandlung aller Staaten in demokratische Republiken. Es gibt also neben dem bolsche-

wistischen ein amerikanisches Weltrevolutionsprogramm. Und wie Lenin glaubte, nur eine sozialistisch bzw. kommunistisch gewordene Welt werde eine friedliche Welt sein, so formulierte Wilson sein Credo in dem Satz: „Die einzige Hoffnung für einen dauerhaften Frieden zwischen allen Nationen hängt von der Begründung demokratischer Institutionen in der ganzen Welt ab.“ Sinngemäß konnte er sich den Völkerbund nur als Verein demokratischer Staaten vorstellen, was oft übersehen wird.

Hinter den beiden Programmen stehen also zwei Männer, Wilson und Lenin, der amerikanische Präsident und der Führer der russischen Bolschewiken, die beide in wahrhaft weltpolitischen Kategorien und Zusammenhängen denken, während die kontinentaleuropäischen Staatsmänner in Versailles mit ihrem europä-

zentrischen Geschichtsbild kaum über ihre nationalen Grenzen und Interessen hinauszusehen vermögen. Lenin wird in Versailles nicht dabei sein, Wilson seine weltpolitische Konzeption nur sehr unvollkommen realisieren können. So wird dieser Frieden von 1919/20 nochmals im wesentlichen ein europäischer Vertrag sein, der eine europäische Ordnung, ja eine europäische Weltordnung zu schaffen versucht — in einem Augenblick, da das Gesetz des weltpolitischen Handelns den europäischen Mächten zu entgleiten beginnt. Wilson und Lenin haben den Sinn des Ersten Weltkrieges, seine weltgeschichtliche Bedeutung, wenn auch jeder auf seine Weise, besser verstanden und abzuschätzen gewußt als die angeblichen Realpolitiker Europas. Kein Wunder, daß ihnen bzw. ihren Programmen die Zukunft gehören sollte.

## Europäische Scheinherrschaft in der Zwischenkriegszeit

Damit sind wir auch bereits auf den ersten der historischen Entwicklungsprozesse gestoßen, die unserem Zeitalter das bestimmende Gepräge geben: Es ist der Aufstieg der USA und der Sowjetunion zu den entscheidenden Weltmächten unserer Epoche.

Aber diese Entwicklung wird nach 1919 zunächst noch dadurch verdeckt, daß sowohl die USA wie auch das bolschewistische Rußland sich auf sich selbst zurückziehen und weltpolitische Enthaltensamkeit üben (soweit die bolschewistischen Führer im Kreml ihren Einfluß nicht durch die kommunistische Internationale ausüben und die Amerikaner über ihre finanziellen Investitionen und Transaktionen). Das nachleninsche Rußland verlegte das Schwergewicht auf den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“, das nachwilsonsche Amerika kehrte zur traditionellen Haltung des Isolationismus zurück. Welteroberungsplan auf der einen Seite, Weltbefriedigungsplan auf der anderen Seite wurden — vorläufig wenigstens — aufgegeben. Die Zeit zwischen den Kriegen stand so im Zeichen einer europäischen Scheinherrschaft. Aber die Weltmächte der Zukunft, deren Aufstieg Alexis de Tocqueville bereits im Jahre 1835 in einer großartigen Vision prophezeit hatte, hatten sich nur vorübergehend zurückgezogen. Hitlers frivol vom Zaun gebrochener Krieg sollte sie aufwecken — mit den bekannten Folgen bis auf den heutigen Tag.

Die weltgeschichtliche Bedeutung des Jahres 1917 besteht darin, daß zwei Programme, zwei Männer, zwei Mächte in merkwürdiger, zeit-

licher Ubereinstimmung in die Arena der Weltgeschichte treten. Keiner von ihnen vertritt eine europäische Macht, wenn sie beide auch ein europäisches Erbe in sich tragen, der liberale Präsident Amerikas wie der bolschewistische Diktator Rußlands. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die weltgeschichtliche Entwicklung politisch über Europa hinweg zu gehen beginnt, ohne ihre Prägung durch den europäischen Geist verleugnen zu können.

Dies wird, wie gesagt, zunächst kaum spürbar dank dem fast gleichzeitigen Rückzug Amerikas und Rußlands in die Isolation, wobei der entscheidende Unterschied allerdings darin besteht, daß es für die USA ein selbstgewählter Rückzug auf dem Höhepunkt ihrer Entfaltung als Weltmacht war, für das bolschewistische Rußland aber ein durch die inneren Umstände erzwungener Rückzug auf dem Tiefpunkt seiner Ohnmacht. (Es war territorial in die Zeit vor Peter I. zurückgeworfen!) Trotzdem muten den rückblickenden Historiker die Jahre 1917—1919 an wie das Aufblitzen der geschichtlichen Möglichkeit, daß der Gang der weltpolitischen Entwicklung eine antieuropäische Richtung nehmen könnte — im Sinne einer Infragestellung der europäischen Welt-herrschaft, die das Kennzeichen der neueren Weltgeschichte war. Denn daß sich nicht nur das bolschewistische Weltrevolutionsprogramm, sondern durchaus auch das amerikanische Weltbefriedigungs- und -befreiungsprogramm gegen das geschichtlich gewordene und nun in Versailles im Prinzip neu bestätigte europäische Weltsystem richtete, darüber kann kein Zweifel bestehen.

## Kampfansage an das europäische Weltsystem

Augenfällig ist dies natürlich zunächst im russischen Programm; denn das 1917 zur Macht gekommene bolschewistische Regime verkündete *urbi et orbi*, daß der neue Sowjetstaat nicht ein Mitglied der bestehenden Staatengemeinschaft werden wolle wie alle anderen Staaten, sondern vielmehr den Kristallisationskern einer neuen Weltordnung darstelle, den ersten Schritt zur Schaffung eines weltumspannenden revolutionären Bundes von Sowjetrepubliken. Es erging der Aufruf an die proletarischen Massen der Welt, das bestehende Staatensystem als ein kapitalistisches zu zerstören und die Welteinheit durch einen proletarischen Internationalismus zu erzwingen. Demgemäß dachten die Bolschewiki zunächst auch gar nicht daran, eine herkömmliche Außenpolitik im Sinne von Beziehungen zwischen Staaten überhaupt zu führen. Wenn wir dazu noch die Propagierung des Selbstbestimmungsrechts ins Auge fassen, von dem gleich noch die Rede sein wird, so erkennen wir, daß mit diesem bolschewistischen Programm dem geschichtlich gewordenen „imperialistischen“ Weltsystem, das in erster Linie immer noch das europäische Staatensystem plus zugehörige Kolonial-Imperien war, recht eigentlich der Kampf auf Leben und Tod angesagt wurde. Lenins These von der Identität der nationalen und kolonialen Frage führte ganz von selbst zu einer weltrevolutionären Strategie, in welcher der Kampf der proletarischen Massen um Befreiung vom „kapitalistischen Joch“ ergänzt werden sollte durch den Kampf der kolonialen Völker um Befreiung vom „imperialistischen Joch“. Zweifellos ein genialer Plan, der nichts weniger vorsah, als das bestehende System durch einen Doppelangriff aus seinen Angeln zu heben und damit zu zerstören. Sinngemäß sah Lenin den Hauptfeind seiner Bestrebungen

im mächtigsten dieser Imperien, im britischen Empire.

Aber auch Wilsons Konzeption richtete sich gegen das bestehende System, wenn ihre ganze Radikalität auch nicht zum Ausdruck kam, da er taktische Rücksichten auf seine Verbündeten nehmen mußte. Dies zeigte sich etwa an seiner Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, das er für die farbigen Völker nur stufen- und phasenweise verwirklichen zu können glaubte. In dem propagandistischen Wettrennen um die Seele des farbigen Mannes stand Lenin hier von vornherein in günstiger Ausgangsposition, weil er völlig bedingungslos und bindungslos operieren konnte. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß auch im amerikanischen Programm weder das herkömmliche europäische Staatensystem noch das mit ihm korrespondierende Kolonialsystem prinzipiell einen Platz hatte. Das traditionelle Staatensystem Europas sollte überwunden werden durch den Völkerbund — kollektive Sicherheit statt europäisches Gleichgewicht oder, wie Wilson selbst sich ausgedrückt hat: „not balance of power but community of power“ hieß die Parole —, während auch nach amerikanischer Auffassung die Idee des Selbstbestimmungsrechts das bestehende Kolonialsystem allmählich auflösen sollte. Roosevelt hat diese Linie während des Zweiten Weltkrieges durchaus konsequent weitergeführt, so daß Winston Churchill einmal ausrufen mußte, er sei nicht Premierminister seiner Majestät geworden, um das britische Empire zu verkaufen. So unterschiedlich, ja gegensätzlich die Weltordnungskonzeptionen des Russen Lenin und des Amerikaners Wilson auch waren, in diesem Punkte waren sie völlig einig: das historische europazentrische Weltsystem war dem Untergang geweiht.

## Die weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesse des 20. Jahrhunderts

Was man damals, unmittelbar nach dem großen Krieg, noch nicht so ohne weiteres zu sehen vermochte, was wir aber rückblickend mit voller Sehschärfe feststellen können, ist der Umstand, daß auch die europäische Kolonialherrschaft ihren Höhepunkt im Grunde schon damals überschritten hatte. Der äußeren kolonialen und imperialen Machthöhe der europäischen Mächte entsprach nicht eine innere Festigkeit dieser Reiche oder auch nur des imperialen Willens. Die Emanzipation der farbigen Völker, die wir als eine weitere säkularer Entwicklungstendenz unseres Jahrhun-

derts ansehen müssen, nimmt durchaus schon vom Ersten Weltkrieg ihren Ausgang, oder sie wird, so weit sie älteren Ursprungs ist, durch das Kriegsgeschehen und seine Folgen deutlich sichtbar beschleunigt. Das Tempo dieser Bewegung wird sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zusehends verschärfen und durch den Zweiten Weltkrieg dann auf höchste Touren gebracht werden — wie der Erste, so hat ja auch der Zweite Weltkrieg als europäischer Krieg begonnen. Und hier wird nun ein für die Geschichte unserer Zeit wichtiger, ja entscheidend wichtiger Zusammenhang

sichtbar: Der aus den europäischen Selbstzerfleischung resultierende Substanzverlust der europäischen Staaten wird sehr bald als europäischer Machtverlust in Übersee, im außereuropäischen Raum, registriert und führt zu den Entwicklungsprozessen, die unsere Zeit in so hohem Maße charakterisieren: zum Aufstieg der außereuropäischen Mächte, zunächst vor allem Japans und der USA, später auch Sowjetrußlands, das man, besonders nach der intensiven Kolonisierung und Industrialisie-

ung der asiatischen Gebiete durch Stalins Fünfjahrespläne, nur noch sehr eingeschränkt als europäische Macht bezeichnen kann; es ist eher als eurasische Macht zu definieren, was auch seine weltpolitische Position und seine weltpolitischen Interessen prägnanter zum Ausdruck bringt und übrigens seinem Selbstverständnis entspricht. Der europäische Machtverlust in der Welt begünstigt und fördert also einerseits diesen Aufstieg außereuropäischer Mächte, andererseits auch die beschriebene Emanzipation der Kolonialvölker.

## Emanzipation im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes

Die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Welt, die die kolonialen Völker von Objekten zu Subjekten der Weltpolitik machen wird (wenn deren Führer heute gelegentlich auch dazu neigen, ihre weltpolitische Rolle zu überschätzen), vollzieht sich im Zeichen einer revolutionär wirkenden Idee: dem Gedanken des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes jedes Volkes, über sein Schicksal frei bestimmen zu können. Und hier wird nun insofern ein innerer Zusammenhang zwischen dem Aufstieg der beiden Weltmächte und der afroasiatischen Emanzipationsbewegung sichtbar, als beide Programme von 1917, dasjenige Wilsons wie dasjenige Lenins, gerade diesem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen wichtigen Platz eingeräumt haben. Während dieser Grundsatz für den amerikanischen Präsidenten zum Baustein des von ihm gewünschten weltumspannenden Völkerbundes demokratischer Nationen hätte werden sollen, hat Lenin dieses Recht nie anders verstanden denn als Vorstufe und Instrument der bolschewistischen Weltrevolution.

Gleich anderen hohen Idealen, wie Demokratie, Frieden, Freiheit, Koexistenz, muß auch die Idee des Selbstbestimmungsrechtes dem Sozialismus bzw. Kommunismus untergeordnet werden, wodurch jene Ideale allerdings zu rein taktischen Instrumenten im Kampf um die Weltrevolution erniedrigt werden. „Kein einziger Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und Leninismus überhaupt zu brechen, bestreiten, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“, sagte Lenin schon 1917. Und Stalin sekundierte ihn: „Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampf für den

Sozialismus sein und den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden.“ Was die Bolschewiki den nichtrussischen Nationalitäten des ehemaligen Zarenreiches feierlich versprochen, nämlich das Recht zur Lostrennung und zur Bildung eigener Staaten, wurde durch dieses typisch dialektische Kunststück wiederum völlig entwertet. Tatsächlich versuchten die Bolschewiki auch sofort, nachdem sie sich stark genug fühlten, diese nichtrussischen Nationalitäten mit Waffengewalt unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen, weil diese nicht die geringste Lust zeigten, freiwillig unter russische Herrschaft zurückzukehren, auch wenn es jetzt nicht mehr die zaristische, sondern eben die bolschewistische war. Das Schulbeispiel sozusagen für diese Synthese russischer Machtpolitik und bolschewistischer Dialektik stellt der Fall Georgien dar.

Die doppelte Bedeutung des Jahres 1917 wird klar sichtbar: Wilson und Lenin stellen zwei Programme auf, die gleichzeitig verkündet werden und deren Kampf miteinander das Bild unserer Zeit bestimmt. Für die Entwicklung der Emanzipationsbewegung der farbigen Völker wird es besonders bedeutsam werden, daß Wilson und Lenin ihnen nicht als Gegensatz, sondern als Synthese erscheinen. Ihre in Europa geschulten Intellektuellen nehmen in derselben Weise die Schlagworte Wilsons und Lenins auf und schaffen sich daraus, eventuell unter Zugabe eigener Ingredienzien, ihre Ideologie für die Befreiung ihrer Völker. Die Begriffsverwirrung, die wir bei so vielen Intellektuellen dieser Völker immer wieder feststellen müssen, ist nicht nur ein Resultat der kommunistischen Propaganda der letzten Jahre, sondern sie setzt bereits mit dem Jahre 1917 ein.

## Zusammenbruch Europas im Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg hat die Entwicklungsprozesse, die das globale Zeitalter bestimmen, in hohem Maße beschleunigt. Der von Hitler entfesselte opferreichste Krieg der bisherigen Weltgeschichte hat dem traditionellen europäischen Staatensystem und damit auch der europäischen Weltstellung recht eigentlich den Todesstoß gegeben. Rufen wir uns dieses folgenschwere Geschehen in großen Zügen rasch in Erinnerung. 1940 bricht Frankreich unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht zusammen, und es vermochte seither seine Stellung als „puissance du premier rang“, als Macht ersten Ranges, nicht mehr zurückzugewinnen.

Insofern müssen die entsprechenden Bemühungen der gegenwärtigen französischen Politik als im Endeffekt nutzlos bezeichnet werden. De Gaulle scheint einem Mißverständnis zum Opfer gefallen zu sein, was seine Tat von 1940 anbetrifft. Man tut dieser historischen Tat keinen Abbruch, wenn man nüchtern feststellt, daß de Gaulle damals wohl die Ehre Frankreichs gerettet hat, nicht aber die Größe Frankreichs; die Größe Frankreichs konnte er nicht retten, falls darunter die Größe als Weltmacht verstanden wird, weil diese unter den weltpolitischen Bedingungen des neuen Zeitalters gar nicht mehr möglich ist. Frankreich hätte diese Stellung als Weltmacht auch dann verloren, wenn es die Niederlage von 1940 nicht erlebt hätte — man denke an England! —, wie Frankreich andererseits als unabhängige Nation auch dann wiederhergestellt worden wäre, wenn es die Tat von de Gaulle von 1940 nicht gegeben hätte. Die Unabhängigkeit Frankreichs bzw. deren Wiederherstellung hing nach 1940 nicht mehr von Frankreich

selbst ab, sondern vom Ausgang des Ringens, das wir Zweiten Weltkrieg nennen, und in welchem Frankreich nach 1940 keine mitbestimmende Rolle mehr zu spielen vermochte.

1943 erlitt Italien, 1945 Deutschland eine totale Niederlage. Die Schlußphase des Zweiten Weltkrieges hat im Zeichen einer Befreiung Europas von der deutschen Hegemonie gestanden. Diese Befreiung aber — und das ist nun für unser Thema das Entscheidende — ist nur möglich geworden durch außereuropäische Mächte! Es sind die USA, welche im Westen die Hauptlast tragen, während im Osten die eurasische Sowjetunion der Hauptgegner Deutschlands ist. Dazu treten, neben Großbritannien selbst natürlich, das 1940/41 ganz allein den Kampf gegen das übermächtige Deutschland geführt hat, die Völker des britischen Commonwealth, das heißt, die kanadischen, südafrikanischen, australischen und neuseeländischen Verbände, so daß man mit Fug und Recht sagen kann: alle außereuropäischen Kontinente haben an der Befreiung Europas von der deutschen Hegemonie teilgenommen, und ihr Kampfbeitrag war um ein Vielfaches höher als derjenige der europäischen Völker selbst.

Was bedeutet dies für Europa? Daß am Ende dieses Zweiten Weltkrieges keine kontinental-europäische Großmacht mehr vorhanden ist. Das europäische Staatensystem, in das 1918 eine erste schwere Bresche geschlagen worden war, ist 1945 vollkommen zusammengebrochen. Als die Spitzen der amerikanischen und der russischen Armeen im April 1945 bei Torgau an der Elbe aufeinandertrafen, war dies das militärische Symbol dafür, daß Europa ein Machtvakuum geworden war.

## Rußland als Nutznießer des Zweiten Weltkrieges

Wir haben absichtlich gesagt, daß keine kontinental-europäische Großmacht mehr übrigblieb; denn die Sowjetunion ist keine europäische, sondern eine eurasische Macht, Großbritannien keine kontinentale, sondern eine maritime und koloniale Macht (wenn man ihm den Titel einer Großmacht im Weltmaßstab 1945 überhaupt noch zusprechen will). Am Ende des Zweiten Weltkrieges steht somit Rußland zum ersten Male in seiner Geschichte auf der eurasischen Landmasse keine Großmacht als Rivale gegenüber. Der die ganze neuere Geschichte erfüllende Kampf zwischen Hegemonie und Gleichgewicht, in dem nacheinander Spanien unter Philipp II., Frankreich unter Ludwig XIV. und Napoleon

und Deutschland unter Wilhelm II. und Hitler ihr Glück als Beherrscher Europas versucht haben, und der immer wieder zugunsten eines pluralistischen Mächtesystems ausgegangen war, schien zum erstenmal endgültig zugunsten der Hegemonie *einer* Macht entschieden.

An sich war zwar die Situation, in welcher Rußland wie ein schweres Bleigewicht auf dem europäischen System lastete, keineswegs völlig neu. Vielmehr war sie seit den polnischen Teilungen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts latent immer vorhanden gewesen. Nach der endgültigen Niederlage des napoleonischen Frankreichs ist die Gefahr einer russischen Hegemonie deutlich sichtbar

und spürbar geworden. Die Politik Metternichs war in jenem historischen Moment ganz überwiegend der Verhütung einer solchen Entwicklung gewidmet, und er wurde darin von den Engländern unterstützt. Die drohende russische Hegemonie hat bekanntlich auch damals die Koalition der Siegermächte zu sprengen gedroht, sogar noch rascher als das nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Aber im Unterschied zu 1945 konnte dem „Schwergewichtler“ Rußland 1815 ein entsprechendes, zum mindesten imponierendes europäisches Gewicht entgegengestellt werden, indem sich Österreich, England und Frankreich zusammenschlossen. So mußte Rußland von seinen Maximalforderungen abgehen, und das „europäische Konzert“ hatte freie Bahn. Der sogenannten naturgegebene Druck des russischen Kolosses auf Europa blieb allerdings trotzdem bestehen. Aber er wurde im 19. Jahrhundert durch die beiden Großmächte Österreich und Preußen, später Deutschland, ausgeglichen

— wenn wir rein machtpolitisch urteilen; denn ideologisch herrschte ja zwischen den drei konservativen Großmächten weitgehende Harmonie, die lange Zeit ihre Beziehungen auf einen friedlichen Ton abstimmten. Daß diese beiden Gegengewichte nach dem Ersten Weltkrieg ausfielen — Österreich endgültig, Deutschland zum mindesten vorübergehend —, wirkte sich, wie wir sahen, nur deswegen zunächst nicht aus, weil Rußland sich in einem Zustand der Schwäche, ja der Ohnmacht befand. Die Abfallbewegung der nicht-russischen Völker des ehemaligen Zarenreiches führte dazu, daß Rußland die ganzen Gewinne aus den polnischen Teilungen, ja sogar die baltischen Eroberungen Peters des Großen wieder verlor. Es war territorial um 200 Jahre zurückgeworfen. Der russische Druck verschwand von Europa, nachdem schon Lenin die revolutionäre Kriegführung hatte aufgeben müssen und sein Nachfolger Stalin völlig zu einer introvertierten Politik überging.

## Die letzte Chance Europas

Es war eine große geschichtliche Chance Europas, die letzte Chance, wie der rückblickende Historiker feststellen muß, soweit es die Wiederherstellung eines funktionierenden europäischen Staatensystems betrifft — und das will heißen: eines Systems, in welches sich alle partizipierenden Staaten aus freiem souveränen Entschluß einordnen können, wofür sie aber ein Minimum von Regeln und Normen anerkennen müssen, wie sie damals vor allem durch die Satzung des Völkerbundes, aber auch durch weitere, auf diesem Grundgesetz des zwischenstaatlichen Lebens basierende Verträge gegeben waren; eines Systems aber auch, in dem ein gewisser Machtausgleich herrschte, ob man den damals an sich verpönten Begriff des Gleichgewichts dabei nun ins Spiel bringen wollte oder nicht. Daß das Locarnovertragssystem von 1925 ein solches Ziel anvisierte, ist offensichtlich. An die Stelle der Unterscheidung von Siegern und Besiegten trat wiederum die Gleichberechtigung. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit ständigem Sitz im Völkerbundsrat kam prinzipiell einer Wiederanerkennung dieses Staates als einer gleichberechtigten Großmacht gleich (auch wenn weiterhin finanzielle und militärische Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag ihre Souveränität noch einschränken mochten). Diese Aktion ist daher mit der Wiederaufnahme Frankreichs in das „europäische Konzert“ auf dem Kongreß von Aachen 1818 durchaus zu vergleichen. Man könnte sogar auch für die Zeit

nach 1925 von einer gewissen Erneuerung des „europäischen Konzerts“ sprechen, insofern, als es nicht nur um machtpolitische, sondern durchaus auch um ideelle Prinzipien ging, die allerdings schon damals von einer der Großmächte, nämlich vom faschistischen Italien, in Frage gestellt wurden, wenn wir an die Bedeutung der gemeinsamen demokratischen Staatsform als der neuen „Legitimität von 1919“ denken.

Es ist richtig: es war ein europäisches System ohne Rußland, das darin zweifellos einen historischen Platz beanspruchen konnte. Aber die bolschewistische Führung hatte sich ja selbst außerhalb des bestehenden Staatensystems, als eines „kapitalistischen“, gestellt, und es erntete nun die Früchte seiner Isolierungspolitik. Übrigens hatte dieses System von Locarno zu keiner Zeit eine offensive antisowjetische Tendenz, wie man im Kreml argwöhnte und in der sowjetischen Geschichtsschreibung bis auf den heutigen Tag behauptet; der Ton lag voll und ganz auf der Aussöhnung mit Deutschland, wenn es auch klar war, daß damit zugleich ein engeres deutsch-sowjetisches Zusammengehen hätte verhindert werden sollen. Zehn Jahre später bemühte sich dann die Diplomatie der europäischen Westmächte, insbesondere Frankreichs, das Westpaktsystem von 1925 durch ein Ostpaktsystem zu ergänzen, mit anderen Worten, auch die Sowjetunion wiederum in das europäische Staatenystem aufzunehmen. Diese hatte nämlich unter Stalin Schritt für Schritt ihre Ver-

bindung mit „kapitalistischen“ Staaten ausgebaut — durch Friedensverträge bereits zur Zeit Lenins, dann durch Neutralitätsverträge und Nichtangriffspakte und schließlich 1934 durch Eintritt in den Völkerbund — und die weltrevolutionäre Komponente der sowjetrussischen Außenpolitik war allmählich völlig in den Hintergrund getreten bzw. der Staatsraison des Sowjetstaates unterworfen. Aber jetzt weigerte sich Deutschland, an einem solchen „Ostlocarno“ mitzumachen. Hier hatte sich inzwischen das nationalsozialistische Regime etabliert, das weder an kollektiver Sicherheit noch gar an Garantie der Grenzen von 1919 interessiert war. Seine Machthaber hegten ganz andere Pläne, deren schrittweise Realisierung das 1925 wiedererstandene „europäische Konzert“ alsbald wieder zerfallen ließen. An seine Stelle traten wiederum gegnerische Allianzen, welche die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen, der dann auch vom deutschen Diktator in verantwortungsloser Weise entfesselt wurde. Damit war, wie sich zeigen sollte, die letzte Chance eines funktionierenden europäischen Systems vertan, aber auch der europäischen Weltstellung das Grab

geschaufelt. Der Zweite Weltkrieg hat das eine wie das andere vernichtet.

1945 gab es, so sahen wir, keine nennenswerte europäische Gegenmacht mehr, die dem übermächtig dastehenden Rußland hätte entgegengesetzt werden können: Deutschland war total besiegt, Frankreich schwach, England, was es immer gewesen war, mehr Seemacht als Landmacht. Die Rolle des Gegengewichtes konnte nur noch eine außereuropäische Macht übernehmen: die USA. Europa wurde so schließlich Teil eines Weltgleichgewichts, das durch die beiden großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gebildet wurde — ein Gleichgewicht, das allerdings kein harmonisches im Rahmen eines „Weltkonzerts“ bleiben sollte — wie es dem Wunsch der Amerikaner entsprochen hätte —, sondern immer antagonistischer wurde, wie es dem Willen Stalins entsprach oder jedenfalls mit innerer Notwendigkeit aus seiner Politik sich ergab. Die Einflußsphären der beiden Weltmächte schlossen Europa ein, und zwar so, daß es ungefähr da geteilt wurde, wo die Armeen der beiden Mächte am Ende des Zweiten Weltkrieges aufeinandergestoßen waren.

## Das amerikanische „grand design“ von 1945

Wenn heute oft behauptet wird, diese Entwicklung von der Siegerkoalition zum Antagonismus, von der Freundschaft im Kriege zur Feindschaft im Frieden, sei sozusagen naturnotwendig gewesen, so bedarf dieses Urteil der Korrektur. Es ist nämlich keineswegs so gewesen, daß 1945 russischer und amerikanischer Machtwille mit innerer Notwendigkeit aufeinandergestoßen wären. Vielmehr steht fest, daß die USA unter der Führung des Präsidenten Roosevelt gerade keinen Machtwillen entfaltet haben, der über die Zerschlagung der gemeinsamen Gegner Deutschland und Japan hinausgegangen wäre. Die USA zeigten nicht die geringste Lust, zu einem weltumspannenden Kräftemessen mit dem bolschewistischen Rußland anzutreten. Infolgedessen demobilisierten sie denn auch in völlig überstürzter Weise ihre Streitkräfte und machten dem Herrscher im Kreml das Angebot, im Rahmen der neugegründeten Vereinten Nationen eine friedliche Nachkriegswelt aufzubauen, in der die Großmächte so etwas wie ein patriarchalisches Kondominium ausüben sollten. Die Amerikaner dachten nicht, wie es die Europäer aus alter Tradition zu tun pflegen, an das Gleichgewicht der Macht, wenn sie an die Sicherung des Friedens herangingen, sondern an die Welteinheit — „the one world“ war die Parole — und damit an die Gemeinsamkeit der Macht,

wie es schon Wilson getan hatte und wie sie in einem neuen Anlauf in den Vereinten Nationen verwirklicht werden sollte. Diese Weltfriedensorganisation war nach amerikanischem Willen auf dem Konsensus der Großmächte, insbesondere der USA und der Sowjetunion, aufgebaut, nicht auf natürlichen Machtgegensätzen. Aus dem Umstand, daß Rußland „nach der Niederlage der Achse ohne Frage die Vorherrschaft in Europa haben wird“ und daß es nach Deutschlands Zusammenbruch keine Macht mehr geben werde, „die sich Rußlands gewaltiger militärischer Kraft entgegenstellen könnte“, wird nicht der für ein in den Kategorien der Machtpolitik geschultes Denken naheliegende Schluß gezogen, es werde nun Aufgabe der USA sein, diese Gegenmacht aufzubauen. Vielmehr heißt es in dem Gutachten, das für die Politik von Teheran und Jalta maßgeblich wurde, infolgedessen sei „die Entwicklung und Aufrechterhaltung der freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland nur um so wichtiger“. Von naturgegebenem Machtgegensatz ist keine Rede. Es erweist sich dies bei näherem Zusehen vielmehr als dem amerikanischen politischen Planen — wie es damals vorherrschte — fremdes europäisches Element. Harry Hopkins, Roosevelts engster Berater während des Krieges, sah die Hauptschwierigkeit im Verhältnis zwischen den USA und der

Sowjetunion nach dem Kriege keineswegs in einem allfälligen Machtgegensatz — er meinte sogar, „daß Rußlands Interessen, soweit wir sie voraussehen können, außenpolitisch keinen Anlaß zu schweren Differenzen bieten“. Hingegen müßten die Beziehungen zwischen den

beiden Staaten „schwer beeinträchtigt werden“, und zwar „wegen unserer verschiedenen Grundbegriffe hinsichtlich der menschlichen Freiheit“. Und er fährt fort: „Die Amerikaner wünschen nicht nur Freiheit für sich selbst, sondern auch für die Völker in aller Welt ...“

## Die Entstehung des Kalten Krieges

Uns scheint, daß diese Worte, die sich Roosevelt, aber auch sein Nachfolger Truman, offensichtlich voll und ganz zu eigen machten, mehr aussagen über das Wesen der amerikanischen Politik nach 1945 als eine höchst fragwürdige Projektion typisch europäischer Vorstellungen auf das amerikanische Denken. Ein solches Vorgehen führt vielmehr dazu, daß wir uns die Möglichkeit einer wahrhaft historischen Erkenntnis selbst verschütten. Wir gelangen höchstens zu einem europäischen Mißverständnis der amerikanischen Politik. Nein: nicht machtpolitische Gegensätze führten zu dem, was wir als „kalten Krieg“ bezeichnen. In der Umgebung Roosevelts dachte man gar nicht daran, die Tatsache der sowjetischen Vorherrschaft im Bereiche der von der Roten Armee besetzten Länder in Frage zu stellen. Man hatte volles Verständnis für die russische Forderung, daß die betreffenden Länder Regierungen haben müßten, die der Sowjetunion „freundlich gesinnt“ seien. Man erkannte in Washington nur zunächst nicht, welch tiefere Bedeutung diese Forderung hatte.

Um so rascher begriff man in London, um was es wirklich ging. Churchill reagierte sofort, als er merkte, wie die Russen die Bildung einer wahrhaft demokratischen Regierung in Polen zu hintertreiben suchten und auf dem Balkan sogar dazu übergingen, unter Gewaltandrohung ihnen genehme kommunistisch bestimmte Regimes einzurichten. Schon Ende Februar 1945 betonte er in einer Unterhausrede, daß es nicht die territoriale Umgrenzung Polens sei, die Sorgen bereite, sondern die innere Gestaltung dieses Staates. Ob Polen wirkliche Freiheit genießen werde oder aber „eine bloße Widerspiegelung des Sowjetstaates“ werden solle, das sei die Frage; ob das polnische Volk wirkliches Selbstbestimmungsrecht ausüben dürfe oder ob ihm durch eine Minderheit ein totalitäres Regime aufgezwungen werden solle. „Hier ist ein weit empfindlicherer und gewichtigerer Prüfstein als die Festlegung der Grenzen.“ Es war Churchill klar, daß die Sowjetrussen sich daran machten, die feierlich unterzeichnete „Erklärung über das befreite Europa“, die auf der Jalta-Konferenz beschlossen worden war, zu mißachten. Aber vergeblich versuchte er, den amerikanischen Präsi-

denten für eine gemeinsame Intervention bei Stalin zu gewinnen. Es ist symptomatisch für das Denken und Planen Roosevelts und seiner Leute, daß sie glaubten, es handle sich dabei um einen britisch-russischen Streit im Stile der traditionellen europäischen Machtpolitik, in dem den USA die Aufgabe zufalle, den „mediator“ zu spielen. Washington verdächtigte die Engländer, in die verruchten Gedankengänge europäischen Gleichgewichtsdenkens oder gar des britischen Imperialismus zurückzufallen, mit denen man nichts zu tun haben wollte. Aber noch in seinen letzten Lebenstagen mußte Roosevelt erkennen, daß es tatsächlich um etwas anderes ging, daß es um etwas ging, das auch die amerikanische Politik im Innersten berührte. In einem seiner letzten Briefe an Stalin, vom 1. April 1945, beschwor nun auch er den „Geist von Jalta“ und die „Deklaration über das befreite Europa“, die den vom Nazismus befreiten Völkern eine freiheitliche und demokratische Entwicklung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts garantieren sollte. Und auch er äußert nun tiefe Besorgnis über die Haltung der Sowjetunion, ohne allerdings die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Probleme und eine Erhaltung der Einheit der Alliierten aufzugeben.

Nun, diese Hoffnung des bereits vom Tode gezeichneten Präsidenten sollte sich nicht erfüllen. Die Siegerkoalition, deren erste Risse wir hier kurz skizziert haben, sollte bald endgültig auseinanderfallen. Der eigentliche Ursprung dieser zweifellos verhängnisvollen Entwicklung, in deren Schatten die ganze Nachkriegszeit gestanden hat, ist indessen nicht machtpolitischer Natur. Der „kalte Krieg“ geht nicht auf eine machtpolitische Konfrontation USA—Sowjetunion zurück, sondern auf eine geistige Konfrontation Demokratie—totalitärer Kommunismus. Nur widerwillig zogen die USA aus diesem geistigen Gegensatz die machtpolitischen Konsequenzen. Sie bestanden darin, daß das Streben nach Welteinheit unter den obwaltenden Bedingungen als Illusion und der Aufbau und Ausbau der eigenen Macht zur Herstellung eines Weltgleichgewichtes mit der Sowjetunion als geschichtliche Notwendigkeit erkannt wurde.

## Politik und Moral bei Karl Jaspers

Entgegnung zu Bernhard Sutors Aufsatz „Existenzphilosophie und Politik“

B. Sutor hat in Nr. 16/67 dieser Zeitschrift zu Karl Jaspers Aufsehen und Ärger erregendem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ ausführlich Stellung genommen. Auf acht Seiten befaßt er sich mit der Existenzphilosophie des Baseler Gelehrten und erweist sich hier als großer Kenner der zahlreichen Schriften Jaspers — Sutor promovierte 1965 mit dem Thema „Der Zusammenhang von Geschichtsphilosophie und Politik bei Karl Jaspers“. Auf den letzten vier Seiten seines Aufsatzes versucht dann Sutor den Nachweis zu erbringen, daß Jaspers sich in seiner politischen Studie über die Situation in der Bundesrepu-

blik gründlich irre, daß er in „doktrinärer Befangenheit“ falsche Analysen gebe, sich durch sein Moralisieren „um Kredit und Resonanz“ bringe, daß seine Argumentation „teils böswillige, teils ärgerliche Formen“ annehme.

Ich begrüße die kritischen Äußerungen insoweit, als jede Auseinandersetzung mit den Jaspersschen Vorstellungen einen Teil jener freiheitlichen Gesinnung widerspiegelt, auf die wir mit Recht stolz sind. Ich glaube aber auch, daß gewisse Darstellungen Sutors nicht stichhaltig sind und die Ideen und Vorschläge Jaspers in ein Licht rücken, das der Größe und Bedeutung dieses Mannes nicht gerecht wird.

### Die Frage der Verjährung

Jaspers' Kritik an der Bundesrepublik Deutschland wurde ausgelöst durch die Bundestagsdebatte über die Verjährung von Morden des NS-Staates. Er hat seine Enttäuschung darüber nicht verhehlt, daß der Bundestag es versäumte, vor der Weltöffentlichkeit darzulegen, wie sehr man die Ungeheuerlichkeit der Verbrechen an der Menschheit nicht nur mit Worten verabscheut, sondern auch faktisch, das heißt, durch entsprechende Maßnahmen (z. B. Ausschluß ehemaliger Nazi-Größen aus leitenden Staatsstellungen, Aufstellung neuer juristischer Normen zur Bestrafung von Verbrechen an der Menschheit während des NS-Regimes) bewältigt. Jaspers bedauerte es, daß sich die Diskussion im wesentlichen auf formal-juristische Überlegungen beschränkte und man lediglich durch den „Trick“ der Verschiebung des Berechnungstermins einen vierjährigen Aufschub der Verjährung erreichte. So blieb nach Jaspers wieder einmal eine große Chance ungenutzt, das deutsche Volk zu einer „sittlich-politischen Umkehr“ und Selbstbesinnung zu führen und die Kontinuität zum Nazistaat radikal zu unterbrechen.

Sutor kritisierte nun an Jaspers, er tue so, als sei *nur* eine „nicht durch Verjährung endende strenge Verfolgung der Verbrechen“ Beweis für den Willen der Deutschen zur Umkehr. Dies ist sicherlich nicht der Fall, und Jaspers hat es auch so nicht gemeint. In seinem Gespräch mit Augstein hatte er bereits vor der

Bundestagsdebatte darauf verwiesen, daß es gar nicht so sehr wichtig sei, was der Bundestag beschließen werde — Verjährung oder nicht —, sondern ob und wie die Verbrechen an der Menschheit in ihrer ganzen Tiefe diskutiert und eindeutige moralische Maßstäbe gesetzt würden<sup>1)</sup>. Tatsächlich wurde aber nur von dem Abgeordneten Jahn der Versuch unternommen, das Parlament zu einer ungeschminkten sittlichen Entscheidung zu bewegen. Er wollte in das Bewußtsein heben, daß die Verantwortung für die Verbrechen unter Hitler einem großen Teil von Deutschen, wenn nicht dem ganzen Volke, zufiele, denn Hitler sei rechtmäßig an die Macht gekommen, und der Anspruch auf politischen Irrtum könne nicht akzeptiert werden. Jahn stieß jedoch mit diesen Überlegungen auf eisige Ablehnung seitens der Parlamentarier.

Gibt es einen Kompromiß zwischen sittlicher Norm und der bestehenden Rechtslage? Doch erst dann, wenn moralische Wertbegriffe anerkannt und der Abgrund von Schuld und Verantwortung gesehen werden. Jaspers hat in einer genauen Analyse der Debatte nachgewiesen, daß sich der Bundestag primär nicht als moralische Instanz empfand und deshalb sittliche Überlegungen bei der Beurteilung auf ein

<sup>1)</sup> Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, S. 30.

Nebengleis abschob<sup>2)</sup>. Wer diesen Vorwurf gegenüber dem Bundestag als „unpolitisches Moralisieren“ abtut, hat sich, bewußt oder unbewußt, ethischer Kategorien entledigt, was

konsequenter Weise dazu führen muß, den Berufspolitiker von der Notwendigkeit zur Verantwortungsethik im Sinne Max Webers<sup>3)</sup> zu entheben.

## Ist Jaspers „maßlos“?

Sutor wirft Jaspers in zahlreichen Punkten vor, er habe seine politischen Stellungnahmen „zu maßloser Kritik gesteigert“. Wir wollen diesen Vorwürfen im einzelnen nachgehen.

1. Jaspers warnt vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Er hält sie nicht für notwendig, weder zur Behebung zukünftiger innerer oder äußerer Gefahr, und verweist zugleich auf profilierte Literatur, in der der gleiche Standpunkt eingenommen wird<sup>4)</sup>. Seiner Ansicht sind solche Gesetze geeignet, die Macht der regierenden Parteien zu stärken, das Volk jedoch gewisser legaler Widerstandsmittel zu berauben. So könnten Notstandsgesetze eine Revolte des Volkes gegen den Krieg unmöglich machen, obwohl, wie Jaspers schon früher ausgeführt hat, im Zeitalter der Atombombe die Möglichkeit zur Verhinderung des Krieges durch das Volk gegeben sein muß<sup>5)</sup>.

Es gibt bis heute kein restlos überzeugendes Argument für die Einführung der Notstandsgesetze. Sogar der CDU-Abgeordnete Bernhard Vogel bestreitet in seiner kritischen Besprechung des Buches die Richtigkeit der Jasperschen Argumentation nicht<sup>6)</sup>. Die Bedenken unter den höheren Bildungsschichten sowie seitens der Gewerkschaften<sup>7)</sup> sind noch immer groß. Die Bedenken wären noch größer, wäre die Diskussion im Bundestag offener, das heißt mehr in die Öffentlichkeit gerichtet gewesen und weniger in internen Arbeitsgruppen erfolgt. Sind Jaspers Warnungen darum maßlos, weil Sutor hier anders urteilt? Er schreibt, Jaspers sehe durch die Notstandsverfassung die Diktatur vollendet. Ein sorgfältiges Studium des Buches ergibt diesen Eindruck keineswegs. Jaspers befürchtet, daß die

Stellung der Parteien dadurch noch mehr gefestigt, vielfach unangreifbar werden und so die Entwicklung zu einer Parteienoligarchie und später möglicherweise in eine Diktatur führen kann. Dieser Weg ist für ihn jetzt weder unvermeidlich noch von irgend jemand geplant, aber eben möglich. Darf man eine solche Stimme unterdrücken?

2. Als maßlos falsch empfindet Sutor auch die Äußerung, die Gefahr des Kommunismus sei heute ein „Phantom“. Adenauer äußerte sich vor Jahresfrist ganz ähnlich. Die Weltlage hat seit 1945, als die UdSSR allerdings eine Bedrohung für die Welt war, inzwischen ein völlig anderes Gesicht erhalten: durch die Ablösung Stalins und Chruschtschows, durch die zunehmende Verselbständigung der Satellitenstaaten und vor allem durch die revolutionäre Haltung Chinas. Jaspers hat in seinem Antwortband die Weltlage, so wie er sie sieht, eindrucksvoll umrissen<sup>8)</sup>. Sutor mag dies alles anders deuten — hat er aber deswegen ein Recht, Jaspers Unsachlichkeit vorzuwerfen? Wer die Lage besser einschätzt, werden die Ereignisse der kommenden Jahre zeigen.

3. „Weltpolitisch wäre erforderlich die Vernichtung der Herstellungsstätten der Atombomben in China“, so steht es bei Jaspers, schreibt Sutor. Viele Kritiker haben daraus voller Empörung gefolgert, Jaspers wolle den Krieg gegen China und sei ein Kriegshetzer. Aber Jaspers meinte dies: China sei eine Gefahr für den Weltfrieden, seit es die Atombombe besitzt, und hat wiederholt — ähnlich wie einst Hitler — dunkle Drohungen ausgestoßen, daß es vor einem Atomkrieg nicht zurückschrecken werde. Darum müsse es nach Jaspers wirtschaftlich isoliert und gezwungen werden, seine imperiale Haltung aufzugeben. Geschehe das, so werde es wieder in den Kreis der freien Völker aufgenommen. Verstärke es jedoch seine Aggressivität, so müßten unter allen Umständen Rußland und die USA zu einem Bündnis kommen, das im Ernstfall Chinas Machtausdehnung verhindere, notfalls durch Vernichtung der chinesischen Atombombenindustrie. Jaspers hat bei dieser Gelegenheit seine Bewunderung vor den gro-

<sup>2)</sup> Auch andernorts ist der Verlust klarer Moralmaßstäbe in der BRD beklagt worden. Vgl.: Das Nürnberger Gespräch 1965 — Haltungen und Fehlhaltungen in Deutschland, hrsg. v. H. Glaser, Freiburg 1966, insbes. S. 71 ff. und 107 ff.

<sup>3)</sup> Max Weber, Politik als Beruf, Berlin 1964, S. 55 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Wohin treibt ..., S. 158.

<sup>5)</sup> Karl Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen (dtv-Band Nr. 7), München 1961.

<sup>6)</sup> B. Vogel, Unbehagen in der Bundesrepublik, in: Civitas, 1966/5, S. 244.

<sup>7)</sup> Vgl. etwa: Notstandsgesetze — Notstand der Demokratie, hrsg. von der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt 1966.

<sup>8)</sup> Antwort — Zur Kritik meiner Schrift: Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1967, S. 15—61.

Ben kulturellen Taten des chinesischen Volkes nicht verschwiegen. Trotzdem gebietet es die politische Vernunft, Tendenzen bedenkenloser Machtentfaltung aufzuzeigen und zu bekämpfen. Jaspers erwähnt auch, daß schon 1918 der Europäer de Groot eine vollständige Umwälzung im geistigen Leben Chinas vorausgesehen hat, „nach welcher China kein China, die Chinesen keine Chinesen mehr sein werden“<sup>9)</sup>. Wen hätten die Vorgänge der Kulturrevolution nicht in Bestürzung versetzt? Bestände kein Recht für die Welt, China bei einer eventuellen Entwicklung zur Völkervernichtung zu hindern, ließe sich schwerlich eine Rechtfertigung für die Aburteilung der NS-Größen durch die Alliierten nach 1945 finden.

4. Als maßlos empfindet Sutor auch die Feststellung, die CDU/CSU habe „keinerlei wirksame Idee“ bei der Verfolgung einer Politik „auf Grund von Realität und Wahrheit“. Jaspers schrieb diese Worte nach den Septemberwahlen 1965, als sich die Schwierigkeiten der Koalitionsparteien abzuzeichnen begannen und Erhard zusehends an Profil verlor. Hunderte und Tausende dachten damals genauso.

## Die deutsche Frage

Außenpolitisch hält es Jaspers für unumgänglich, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Wir könnten mit gutem Gewissen keinen aus der nationalsozialistischen Zeit herrührenden Rechtsanspruch auf die verlorengegangenen Ostgebiete geltend machen, also beispielsweise nicht auf dem Münchener Abkommen bestehen. „Wer jedes Recht vernichtet hat, darf nachher nicht für sich aus einer Vergangenheit, die nun nicht mehr ist, Rechtsansprüche erheben. Er muß ... aus dem jetzt Gegebenen sein neues Dasein gestalten“<sup>11)</sup>. Hierzu meint Sutor, daß die deutsche Spaltung „nicht unmittelbare Kriegsfolge“ sei, sondern „Ergebnis fortgesetzter Gewaltakte gegen einen Teil des deutschen Volkes, gerade unter Verweigerung einer friedensvertraglichen Regelung“. Er möchte nicht „Auslieferung“ an die „Willkür kommunistischer Machthaber“, sondern Herstellung einer neuen Rechtsbasis“. Das deutsche Volk müsse zwar Opfer bringen, und hier sei die moralische Besinnung notwendig, „aber die Opfer von uns zu fordern ohne rechtliche Sicherung einer neuen Ord-

Sind sie alle politisch unreif oder nicht kompetent für politische Urteile, wie dann auch Waldemar Besson, der damals von einer „schweren Orientierungskrise“ sprach<sup>10)</sup>? Immer wird es so sein, daß die gleichen politischen Sachverhalte von verschiedenen Betrachtern unterschiedlich eingeschätzt werden. Stimmt Jaspers Feststellung nicht, so muß sie durch Fakten widerlegt werden. An sich gehört es zu den selbstverständlichen Formen demokratischen Denkens, den politischen Gegner zu tolerieren und respektieren. Leider hat die oft unsachliche, von Emotionen getragene Ablehnung der Jaspersschen Ideen den Eindruck hervorgerufen, andere Seh- und Interpretationsweisen seien in der Bundesrepublik im Augenblick unerwünscht, was freilich ein Beweis dafür wäre, wie berechtigt Jaspers Sorge bezüglich der Verabsolutierung und Ausdehnung gegebener Machtpositionen bei uns ist. Eine Demokratie, die Nutzen und Notwendigkeit der konfliktgeladenen, aber trotzdem einander zugewandten Aussprache nicht mehr begreift, hat sich im Grunde bereits aufgehoben.

nung, das ist einfach nicht überzeugend“. Es ist unerklärlich, wie Sutor unterstellen kann, Jaspers verzichte auf die rechtliche Sicherung der Bundesrepublik Deutschland bei einer etwaigen vertraglich fixierten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Jaspers erhofft sich gerade durch die Anerkennung ein neugeordnetes Verhältnis zu den Ostblockstaaten und damit größere Sicherheit auch für uns.

Nun billigt Sutor Jaspers in diesem Zusammenhang zwar zu, er könne seine Thesen vertreten, aber es geschehe ohne „politischen Sachverstand“. Aber die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wird auch von vielen Parlamentsabgeordneten gefordert; wir verweisen nur auf die heftige Auseinandersetzung innerhalb der FDP beim diesjährigen Parteitag in Hannover. Doch auch innerhalb der Bevölkerung wächst die Meinung, man müsse die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Nach der repräsentativen Befragung des Allensbacher Instituts äußerten 1959 noch 67 Prozent der Befragten, man solle sich nicht mit der jetzigen deutsch-polnischen Grenze abfinden, 1962 waren es jedoch nur noch 50 Prozent. Noch nachdenklicher sollte die Befragung unter Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Jahre 1959 stimmen, nach der nur 38 Prozent sagten, sie würden, wenn ihre Heimat wieder zu

<sup>9)</sup> Antwort, S. 21.

<sup>10)</sup> Das Nürnberger Gespräch 1966: Aufklärung heute — Probleme der deutschen Gesellschaft, Freiburg 1967, S. 40.

<sup>11)</sup> Wohin treibt ..., S. 234.

Deutschland gehörte, bestimmt dorthin zurückkehren<sup>12)</sup>). Neuerdings dürften es wesentlich weniger sein, die noch zurückkehren wollten.

Jaspers hält die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aber nicht nur als Ausdruck einer inneren Umkehr, sondern auch aus politischen Gründen für nötig. Die Tatsache, so meint er, daß die Bundesrepublik immer wieder die Anerkennung versage, gefährde den Weltfrieden. Polen fürchte, die Gebiete eines Tages wieder zu verlieren, möglicherweise durch Gewalt. Wenn auch im Augenblick keinerlei derartige Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wären, so sei dennoch die Besorgnis der östlichen Nachbarn verständlich. Die Tatsache, daß einige bundesdeutsche Politiker in der Vergangenheit die Grenzen Deutschlands von 1937 zurückverlangt hätten, sei als Provokation empfunden worden, verstärke im Ausland das Mißtrauen und die Furcht vor Deutschland. Denn: „Die Kriegsgefahr geht von dem aus, der bestehende Grenzen verändern, nicht von dem, der sie bewahren will“<sup>13)</sup>). Wie richtig diese Einschät-

zung der Lage ist, zeigt die folgende Äußerung Novotnys Ende April 1967: „Die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens ist für uns eine grundlegende Sache. Wir haben unsere Erfahrungen aus der Vergangenheit, und deshalb sind wir sehr vorsichtig. Wir verschließen uns . . . Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik nicht. Aber wir möchten, daß uns Genugtuung für die Schäden gegeben wird, die man uns in der Vergangenheit zugefügt hat. Und wir wollen Sicherheit haben, daß wir in Zukunft nicht angegriffen werden“<sup>14)</sup>).

Sutor argumentiert, der Hinweis auf den verlorenen Krieg und die Gefährdung des Weltfriedens sei „Erpressung“ und negiere somit die völkerrechtlich garantierte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes einer Nation. Dagegen betont Jaspers auch hier, daß die Umkehr der Bundesrepublik nur glaubwürdig werde, wenn man sich zu politischen Opfern bekennt. Wie problematisch, ja welche Zumutung das Recht auf Selbstbestimmung und der Grundsatz der Gleichheit für Entwicklungsländer darstellen kann, führt Jaspers in seinem Antwortband näher aus<sup>15)</sup>).

## Jaspers als Gefahr für die Demokratie?

Sutor weist Jaspers, ganz ähnlich wie B. Vogel<sup>16)</sup>), eine Reihe kleinerer sachlicher Fehler nach, z. B.: das Grundgesetz wurde nicht durch das Parlament, sondern durch die Landtage der Bundesländer bestätigt; richtig ist nicht „Aufhebung“, sondern „Einschränkung“ der Grundrechte durch die Notstandsverfassung u. a. Aber rechtfertigen solche Ungenauigkeiten, die nichts mit dem eigentlichen Anliegen des Buches zu tun haben, die Formulierung, Jaspers verrate einen „Mangel an rationalwissenschaftlicher Analyse“, der sich bis zu „geradezu primitiven sachlichen Fehlern“ steigere? Jaspers hat stellenweise, so bei Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, darauf hingewiesen, daß er nicht als Fachmann spreche. Wir wissen, daß „Fachidioten“, also Spezialisten, die nur ihr enges Fachgebiet kennen, heute oft das Elementare nicht so klar sehen können wie ein Außenstehender<sup>17)</sup>).

Weiterhin hält Sutor Jaspers entgegen, er erkenne keinerlei Gegenargumente an, „weil in seinen Augen die Bonner Politiker eben nicht den rechten, das heißt seinen philosophisch-politischen Glauben haben“. Dieser Vorwurf, von vielen Kritikern erhoben, ist durch das Erscheinen des Antwortbandes doch wesentlich entkräftet worden. Jaspers gab gewisse Mängel zu, verdeutlichte Argumente, die im ersten Band zu kurz weggekommen waren, und setzte sich zum Schluß mit einigen ernsthaften Kritikern auseinander.

Natürlich hat jeder das Recht, die Jaspersschen Thesen zu akzeptieren oder zu verwerfen, wenn er bereit ist, der Wahrheit zu dienen. Es geht freilich nicht an, Jaspers überhaupt das Recht abzusprechen, die Stimme zu erheben, ja ihm Schädlichkeit für den Fortbestand der Demokratie in Deutschland vorzuhalten. Mit Erstaunen lese ich bei B. Vogel:

<sup>12)</sup> Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 bis 1964, hrsg. v. Elisabeth Noelle u. Erich Peter Neumann, Allensbach und Bonn 1965, S. 505.

<sup>13)</sup> Wohin treibt . . ., S. 235.

<sup>14)</sup> Nach: Nürnberger Nachrichten, Nr. 100 vom 1./2. Mai 1967.

<sup>15)</sup> Antwort, S. 40 ff.

<sup>16)</sup> A. a. O., S. 234.

<sup>17)</sup> Der Vorwurf, Jaspers habe sich der Gefahr des Dilettantismus ausgesetzt, wurde auch von Sontheimer erhoben (Menetekel über die Bundesrepublik, Karl Jaspers politische Sendung, in: Der Monat, Juli 1966). Margherita von Brentano bezeichnet J. als einen „aus Herkunft und persönlicher Haltung heraus dem Politischen fremd gegenüberstehenden Gelehrten“ (Betrachtungen eines Unpolitischen, in: Der Monat, Juli 1966).

„Jaspers und seine vielen Leser müssen überzeugt werden, daß er auf dem falschen Weg ist, daß seine Darlegungen absurd und seine Lösungsvorschläge unreal sind. Es müssen die gefährlichen Folgerungen aufgezeigt werden, die ein Buch wie das vorliegende auslöst“<sup>18)</sup>. Hat Jaspers mit seinen Thesen, die bundesdeutsche Politik müsse aus der Enge der nationalen Blickrichtung befreit werden, es müsse innere Umkehr erfolgen und das politische Bewußtsein des einzelnen Staatsbürgers aktiviert werden, um die wachsende Machtstellung der großen Parteien besser zu kontrollieren, wirklich unrecht, so möge dies logisch zwingend nachgewiesen werden. Jaspers selbst hat darum gebeten. „Kritikern, die mir Vernachlässigung von Problemen vorwerfen, gebe ich fast immer recht“<sup>19)</sup>. Die bloße Behauptung, er irre sich und denke utopisch, überzeugt nicht.

Sind seine politischen Schriften schädlich? Vogel bejaht dies mit dem Hinweis, sie seien für jeden Staatsbürger ein Freibrief, „weiter im Unpolitischen zu verharren“ und „antiparlamentarisches Ressentiment“ zu pflegen. Dabei ist es das erklärte Anliegen Jaspers, den Leser zu politischem Verantwortungsbewußtsein anzuspornen und dessen vielfach nicht vorhandene Bereitschaft, sich politisch zu betätigen, zu mobilisieren. „Sich beteiligen bei einer Partei; dort die heute unerläßlichen Erfahrungen gewinnen, die Regelmäßigkeit der Realität in ihren unerwünschten Folgen kennen lernen, wie Parteidisziplin und anderes; nicht gleich aus Besserwissen alles verwerfen, aber schweigen lernen und den Augenblick abwarten und ständig um Besserung der Partei von innen sich bemühen. — Die Hauptsache: nichts von oben und außen erwarten, sondern selbst Initiative ergreifen und im Zusammenhang mit der sachlichen Kritik an Zuständen, Vorgängen, Ereignissen zugleich Kritik an sich selber vollziehen“<sup>20)</sup>. Kann jemand, der diese Einstellung im Staatsbürger erzielen möchte und bei manchem sicherlich schon bewirkt hat — die Auflage des ersten Bandes liegt bei 90.000 —, in unserer augenblicklichen politischen Lage unerwünscht sein?

Alt ist das Klagegedicht in Deutschland, der Gelehrtenstand kümmere sich nicht um das politische Alltagsgeschehen. Nun hat sich der Professor aus Basel zu Wort gemeldet; aber weil er mehr Tadel als Lob ausspricht, findet er in politischen Kreisen kaum Gehör. Man bemüht sich, Fehler in Detailfragen nachzuweisen und stößt sich an zu scharfen Formu-

lierungen. Wo aber bleibt die politisch weiterführende Auseinandersetzung mit dem Werk als Ganzem? Ob Kant, Marx oder Hegel, sie alle haben sich in manchem widersprochen und in vielem geirrt. Trotzdem haben sie in der Vergangenheit zu der rationalen Bewältigung und Durchdringung des menschlichen Daseins Bedeutendes geleistet. Jaspers gegenüber war der fast einmütige Tenor seiner Kritiker, er habe wohl auch „sehr Treffendes und Beherzigenswertes“ (Sutor) gesagt, das Werk als solches in seiner Konsequenz und Tragweite wurde aber fast immer abgelehnt. Dabei hat sich keiner der Mühe unterzogen, den unbequemen Nachweis zu führen, was die Schrift so unreal, gefährlich, dilettantisch oder ärgerlich mache.

In seiner Besprechung des Antwortbandes schreibt Erhard Eppler: „So ist auch die ‚Antwort‘ von Jaspers kein Schritt zum Dialog. Sie zeigt wieder einmal die besondere Misere, an der dieser Staat leidet: die Kluft zwischen denen, die das politische Geschäft betreiben, und vielen von denen, deren Aufgabe es ist, das politische Treiben kritisch zu beobachten. Keiner nimmt den anderen ernst, weil er sich nicht ernst genommen fühlt“<sup>21)</sup>.

Leider ist diese Bemerkung Eplers nur allzu wahr. Es ist aber im Falle Jaspers sehr billig, ihm die Schuld an dem bis jetzt ausgebliebenen fruchtbaren Gespräch mit den Politikern zuzuschreiben. Der Politiker darf nicht, wie Eppler glaubt, Rücksicht und Konzilianz seitens des politischen Schriftstellers erwarten. Der Beruf des Politikers bedeutet, so hat es schon 1919 Max Weber formuliert, „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“. Und er fährt fort: „Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“<sup>22)</sup> Dies nun wollte Jaspers: Das bis heute scheinbar Unmögliche, die sittlich-politische Umkehr, vor Augen stellen, um der sich oft mühsam dahinschleppenden Demokratie in Deutschland neue Antriebe zu geben, um Unruhe zu setzen in Herz und Kopf der Bürger. Seine zwei Bände haben ein gewisses Aufsehen erregt. Möge dieses Aufsehen wachsen. Denn so urteilt auch Ralf Dahrendorf über die politische Situation in unserem Lande: „Wenn dies irgendwo gilt, dann ist in Deutschland Unruhe die erste Bürgerpflicht“<sup>23)</sup>.

<sup>18)</sup> Erhard Eppler, Ein fernes Wetterleuchten, in: Die Zeit, Nr. 16 v. 21. 4. 1967, S. 27.

<sup>19)</sup> Antwort, S. 9.

<sup>20)</sup> Antwort, S. 211.

<sup>21)</sup> Max Weber, a. a. O., S. 67.

<sup>22)</sup> Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 393.

# Politik und Moral bei Karl Jaspers

## Antwort auf Thilo Castners Kritik an meinem Aufsatz „Existenzphilosophie und Politik“

Bevor ich auf die einzelnen Einwände meines Kritikers eingehe, muß ich feststellen, daß Castners Kritik am Kern meiner Darlegungen vorbeigeht. Es war nicht meine Absicht, mich mit Jaspers über konkrete politische Fragen zu streiten, sondern sein politisches Denken von seiner Philosophie her zu erhellen und dann an einzelnen Beispielen strukturelle

Schwächen dieses Denkens zu zeigen. Insofern ist es zu wenig, wenn nur der letzte Teil meines Aufsatzes kritisiert wird. Ich will aber meinem Kritiker mit diesem Hinweis nicht ausweichen, sondern an den von ihm aufgeworfenen Fragen verdeutlichen, was ich Jaspers vorwerfe. Ich halte mich an Castners Reihenfolge.

### I. Zur Frage der Verjährung

Ich habe gesagt, an der Verjährungsdebatte werde von Jaspers „manches treffend analysiert und entlarvt“. Ich füge hinzu, daß mir seine Stellungnahme zur Grundfrage in ihrer Klarheit und Entschiedenheit imponiert und von mir geteilt wird. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er dem Andersdenkenden den Willen zu dem abspricht, was er Umkehr nennt. Gegen Castner bin ich der Meinung, hier Jaspers richtig zu interpretieren. An der gleichen Stelle des Augstein-Interviews, die mein Kritiker gegen mich ins Feld führt, heißt es: „Die Einsicht kann nur die sein: Überhaupt keine Verjährung. Alles andere verwischt das Problem“<sup>1)</sup>. Wer so denkt, ist leicht geneigt, den diskutierenden, nach einem Kompromiß suchenden und also auch taktierenden Politikern den Gewissensernst abzusprechen. Tatsächlich wirft Jaspers dann ja auch zwei Seiten weiter dem damaligen Justizminister Bucher vor, er mache eine Frage des wissenschaftlichen Meinungsstreites zur Gesinnungsfrage. Das heißt, Jaspers ist unfähig zu sehen, daß im Verständnis des Rechtsstaates zumal bei den Liberalen die Frage einer Verlängerung oder Nichtverlängerung der Verjährungsfrist eben keine rein formale Frage ist; das war ja die Crux in jenem Streit, daß die Gegner der Verlängerung sagten, hier werde nachträglich die Grenze der Strafmacht des Staates ausgeweitet.

Der Streit durfte also doch redlicher Weise nur so geführt werden, daß keiner ein Moral-Monopol beanspruchte. Tue ich das nicht, dann sehe ich auch in der Bundestagsdebatte sehr

viel mehr Positives als Jaspers. Auch die Gegner einer Verlängerung kämpften um ein Rechtsgut. Thielicke sprach damals von der rechtsphilosophischen Weisheit, daß einmal der Rechtsfriede hergestellt sein müsse, und meinte: „Trotz der analogielosen Schauerlichkeit jener NS-Verbrechen glaube ich nicht, daß sie von dem ausgeschlossen sein sollten, was jene Weisheit meint.“<sup>2)</sup> So scheint es doch recht zweifelhaft, ob Jaspers gut daran tat, eine bestimmte Art der Lösung dieser Frage, in der sich Ethik, Recht und Politik unlösbar verquickten, zum Maßstab zu nehmen für das Umdenken bei uns. Die „Bewältigung der Vergangenheit“ hängt nicht mehr an den Prozessen, und obwohl ich für eine weitere strenge Verfolgung eintrete, stelle ich mir auch die Frage, ob nicht sogar die Prozesse gegen die Wenigen auch zum Alibi für die Vielen werden.

Es bleibt noch darauf hinzuweisen, daß Jaspers' Stellungnahme zur Verjährung in einem geschichtsphilosophisch-weltpolitischen Rahmen steht. Er meint, für Verbrechen gegen die Menschheit sei eigentlich die Menschheit auch Instanz; die Rechtsstaaten müßten stellvertretend für diese Menschheit handeln, und er verlangt für solche Verbrechen die Todesstrafe. Dieser Gedankengang, der ausdrücklich unter „Voraussetzungen unserer Analyse und Beurteilung“ entwickelt wird<sup>3)</sup>, ist wiederum imponierend und konsequent, hat aber ange-

<sup>2)</sup> Stuttgarter Nachrichten vom 21. 11. 1964.

<sup>3)</sup> Jaspers, a. a. O., S. 58 ff.

<sup>1)</sup> Jaspers, Bundesrepublik S. 30.

sichts der Weltlage auch seine unentwirrbare Problematik. Die Rechtsstaaten als Instanzen der Menschheit gegenüber vergangenen und künftigen Verbrecherstaaten: welche Implika-

tionen enthält dieser Gedanke für die Ost-West-Problematik? Merkwürdigerweise argumentiert Jaspers hierin aber ganz anders. Doch darüber weiter unten.

## II. Ist Jaspers „maßlos“?

### 1. Notstandsgesetzgebung

Ergibt ein „sorgfältiges Studium des Buches“ (Castner) wirklich, Jaspers meine nicht, durch diese Gesetzgebung werde die Diktatur vollendet? Interpretiere ich falsch? Ich zitiere: „... daß Politiker ... sich ahnungslos den Gewaltmenschen anschließen, um das Werkzeug zu schaffen für den Freiheitsmord“ (Jaspers S. 158). Wer sind die Gewaltmenschen, denen die Ahnungslosen sich angeschlossen haben? „Die Notstandsgesetzgebung ... bedeutet vielmehr die Legalisierung der Aufhebung der im Grundgesetz fixierten Grundrechte“ (S. 170). Freiheitliche Politik „wehrt das Autoritäre und die Diktatur ab, verzichtet daher (sic!) auf Gesetze für einen ‚inneren Notstand‘“ (S. 257). Schließlich bezeichnet Jaspers in seiner „Antwort“, doch offenbar sich selbst interpretierend, die Mitarbeit an dieser Gesetzgebung als „Kollaboration mit dem Teufel“ (dort S. 111).

Nun muß ich mich zunächst wehren gegen die mir unterschobene törichte Folgerung, Jaspers sei „maßlos, weil Sutor hier anders urteilt“ (Castner). Vielleicht sieht Jaspers in der Sache klarer als ich. Ich kenne auch niemanden, der eine „solche Stimme unterdrücken“ will. Was soll das? Was ich angreife, ist Jaspers Argumentationsweise. So kann man eine politische Diskussion nicht führen. Wo ist die „Bewegung von Gründen und Gegengründen“ (Jaspers S. 206), wenn nur die Literatur der Gegner dieser Gesetzgebung genannt wird? Verwendet Jaspers auch nur einen Gedanken auf die Argumente von Autoritäten wie Bundesverfassungsrichter Katz (FAZ, 4. Dezember 1959), Adolf Arndt und Michael Freund, der Abgeordneten Schäfer (SPD) und Benda (CDU)? Wo ist ein Blick auf die Lösung dieser Frage in anderen Demokratien? Statt dessen lesen wir absurde Prophezeiungen wie die, einen inneren Notstand könne es nicht geben (S. 164); wir finden eine falsche Interpretation der altrömischen Bürgerkriege (S. 167; jedes Geschichtsbuch gibt darüber Auskunft, daß nicht die Diktatur der Weg zu den Bürgerkriegen wurde, sondern umgekehrt Bürgerkriege zur Diktatur führten); wir hören, angesichts jahrelanger Diskussionen mit Verwunderung, die Sache geschehe außerhalb der Öffentlichkeit (Antwort S. 109).

Schließlich ist gegenüber Castner noch anzumerken, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Vogel (inzwischen Kultusminister in Rheinland-Pfalz) etwas völlig anderes sagt, als mein Kritiker dort lesen will. Oder klingen folgende Worte nach Anerkennung oder auch nur nach Hinnahme der Jaspersschen Argumentation: „Gut, diese Ansicht läßt sich vertreten. Wie aber soll man Jaspers noch begreifen, wenn er...“<sup>4)</sup>.

### 2. Zur kommunistischen Gefahr

Ich werfe Jaspers nirgends Unsachlichkeit deshalb vor, weil ich die politische Lage anders deute. Ich maße mir überhaupt nicht an, das derzeitige und künftige Ausmaß der Gefahr richtig einschätzen zu können. Aber ich vermisse bei Jaspers die rationale Analyse. Ich sehe einen eklatanten Widerspruch zwischen Jaspers' früheren Aussagen zum Kommunismus, die Golo Mann ein „Dämonisieren“ nannte<sup>5)</sup>, und seiner apodiktischen Aussage heute, die kommunistische Gefahr sei ein Phantom (S. 158); zumal im gleichen Buch im Hinblick auf China auch gesagt wird, die Bedrohung der freien Welt habe sich nicht geändert (S. 249). Der Satz von der Vernichtung der Herstellungsstätten für Atombomben in China gehört in diesen Zusammenhang. Ich habe ihn nur zitiert als Beispiel für Jaspers' unpolitisch-utopisches Konstruieren. Er selbst braucht in seiner „Antwort“ 14 Seiten, um zu erklären, was er eigentlich hatte sagen wollen.

Der Mangel an nüchterner Analyse östlicher Politik, Ideologie und Machtkapazität ist auch, das sei hier gleich angefügt, ein Haupteinwand gegen Jaspers' Vorschläge für eine neue deutsche Ostpolitik. Man kann für eine solche eintreten, nur sollte man sie besser begründen und auch ihr Risiko zeigen. Aber das würde es ja erforderlich machen, auch dem politisch Andersdenkenden das Recht auf den politischen Kalkül zuzugestehen, statt ihn moralisch abzuqualifizieren. Gegen Castner muß ich noch einwenden, daß Adenauers Äußerung vor Jahresfrist über Rußlands — aus wohlverstandem Interesse entspringende — Friedens-

<sup>4)</sup> Civitas 5/1966, S. 244.

<sup>5)</sup> Merkur 12/1958, S. 1188.

politik doch etwas erheblich anderes meinte als die Reduzierung der kommunistischen Gefahr auf ein Phantom.

### 3. Zur Idee der CDU/CSU

Ich weiß nicht, wo ich gesagt haben soll, alle Kritiker der CDU seien „politisch unreif“, „nicht kompetent“; oder wo ich den Eindruck erweckt habe, den politischen Gegner nicht „tolerieren und respektieren“ zu wollen. Halten wir uns doch nicht mit Selbstverständlichkeiten auf! Gefährlich für den Diskussionsstil scheint mir auch der Satz meines Kritikers: „Stimmt Jaspers' Feststellung nicht, so muß sie durch Fakten widerlegt werden.“ Zunächst einmal wird umgekehrt ein Stiefel daraus: die Beweislast liegt bei dem, der behauptet. Bekanntlich kann ein Narr mehr behaupten, als zehn Weise widerlegen können. (Hoffentlich bringt mir das nicht den Vorwurf ein, ich hätte Jaspers einen Narren geheißelt)

Zur Sache meine ich festhalten zu müssen, daß Jaspers' Behauptung, die CDU habe kei-

nerlei wirksame Idee, generell klingt, nicht situationsbezogen. Es folgt nämlich, was ich nicht zitierte: „Keine gemeinschaftliche Gesinnung verbindet sie“ (S. 273). Eine Bestätigung meiner Interpretation finde ich in Jaspers' Antwort (S. 12 f.), wo das Selbstverständnis der CDU völlig verfehlt wird und Vorbehalte gegen eine „christliche“ Partei sichtbar werden, die Jaspers auch früher schon angedeutet hat<sup>6)</sup> und die seiner völlig subjektiven Deutung von Christentum und Glauben entspringen.

Hier wird wiederum sichtbar, worum es mir in meiner Jaspers-Kritik geht. Ich habe hier nicht die CDU zu verteidigen, aber ich wehre mich gegen eine Art der Diskussion, die aus eigenen absolutgesetzten Prämissen den Gegner moralisch disqualifiziert, statt sich politisch mit ihm auseinanderzusetzen. Gegen die SPD wendet Jaspers in beiden Büchern das gleiche Verfahren an. Dazu hat der Bundestagsabgeordnete Eppler das Nötige gesagt<sup>7)</sup>.

### III. Zur deutschen Frage

Hier muß ich meinen Kritiker zunächst bitten, genau zu lesen. Er reduziert die „deutsche Frage“ auf das Problem der Oder-Neiße-Grenze, wovon ich gar nicht direkt rede. Da ich offensichtlich mißverstanden wurde, betone ich mit Nachdruck, daß ich die moralischen und zeitgeschichtlichen Gründe, die eine Anerkennung dieser Grenze nahelegen, für sehr gewichtig halte. Dennoch muß auch hier die Entscheidung politisch kalkuliert werden. Insofern finde ich beispielsweise in der EKD-Denkschrift zu dieser Frage ein sachgerechteres Verhältnis von moralischer Besinnung und konkreter Politik als bei Jaspers, weil dort ausdrücklich darauf verzichtet wird, aus der moralischen Position „den zum politischen Handeln berufenen Instanzen die Handlungswege vorzuzeichnen“<sup>8)</sup>.

Entsprechendes gilt für die Deutschlandpolitik insgesamt. Ich spreche darin Jaspers keineswegs den politischen Sachverstand ab — Castners Zitat fälscht meinen Gedanken —, vielmehr fordere ich von ihm Argumente dieses Sachverstandes. Nun fehlen diese bei Jaspers nicht einfachhin, aber das Für und Wider einer

neuen Politik kommt doch gar nicht zum Aus-  
trag, weil er es immer wieder beiseite wischt mit dem moralisch-historischen Argument des verlorenen Krieges. Um es klar zu sagen: Jaspers' moralische Position und seine These vom Vorrang der Freiheit vor der Wiedervereinigung sind mir sehr sympathisch. Aber das gibt noch keine Politik.

Jaspers argumentiert, unsere eigene Gewalttat habe uns große Verluste gebracht, die wir folgerichtig hinzunehmen hätten. Das halte ich für völlig richtig. Die Frage ist nur, wie weit dieses Hinnehmen gehen soll. Nach Jaspers gilt es auch für die deutsche Spaltung, die nicht mehr unmittelbare Kriegsfolge, sondern Folge sowjetischer Gewalttat im Widerspruch zu der 1945 getroffenen provisorischen Regelung ist. Ich fürchte, wenn man so argumentiert, setzt man die deutsche Politik kommunistischen Erpressungen aus, ja man macht deutsche Politik unmöglich, weil der Osten dann stets sagen kann, als Urheber und Verlierer des Krieges hätten wir uns zu fügen. Für den Osten ist nämlich nicht nur unser Verlangen nach Wiedervereinigung ein „feindlicher Akt“ (Jaspers S. 245), sondern eine ganze Menge anderer Dinge, die wir für demokratische, nationale oder europäische Selbstverständlichkeiten halten. Es lohnt sich, unter diesem Aspekt einmal die bisher vom

<sup>6)</sup> Wahrheit, Freiheit und Friede, München 1958 S. 20.

<sup>7)</sup> Vgl. Die Zeit vom 22. 7. 1966 und vom 21. 4. 1967.

<sup>8)</sup> EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen ...“, 1965, S. 44.

Osten vorgelegten Entwürfe zur Deutschlandfrage zu lesen.

Nun interpretiert Jaspers die bisherige deutsche Politik als Verlangen nach Wiederherstellung von Vergangenen und damit als Gefahr für den Frieden. Ich halte diese Interpretation trotz mancher etwas lautstarken Sonntagsreden vor Vertriebenen für oberflächlich. Um fortgesetzter Erpressung unter Verweigerung einer vertraglichen Regelung zu entgehen, blieb uns gar keine Wahl als das Festhalten am noch geltenden Recht. Aber ich kenne keinen führenden deutschen Politiker, der nicht bereit wäre, „über Vieles mit sich reden zu lassen“ (Adenauer), wenn der Osten Bereitschaft zum Aushandeln einer erträglichen Friedensordnung zeigte. Und was die Bedrohung des Friedens angeht, so sprechen die Fakten der Nachkriegszeit eine eindeutige Sprache. Wir sollten auch in der Hoffnung auf Entspannung nicht die kaltblütige Vernichtung der Demokratien in Ostmitteleuropa (Beispiel Prager Staatsstreich 1948), die Abschnürung,

Sowjetisierung und Militarisierung der Zone, die Spaltung und Blockierung Berlins und das Berlin-Ultimatum vergessen.

Wenn also die bisherige deutsche Politik dem Selbstbehauptungswillen eines freiheitlichen Rechtsstaates entsprang, dann darf sie nur modifiziert werden, wenn die Bedrohung geringer geworden ist und Chancen für den Erwerb von Vertrauen auch im Osten sichtbar werden. Darauf reduziert sich der ganze Streit. Den auszutragen bedarf es nicht der schweren Waffen moralischer Argumentation und Verurteilung, sondern politischer Klugheit. Wieviel Jaspers davon besitzt, weiß ich nicht, aber ich werde skeptisch bei einem Satz wie diesem: „Nur eines bleibt vorläufig unlösbar. Westberlin und die Bundesrepublik können nie die Berliner Mauer anerkennen“ (S. 243). Warum eigentlich nicht, fragt man sich angesichts der übrigen Vorschläge von Jaspers. Die Mauer ist weder die einzige noch die wesentlichste Monstrosität im gespaltenen Deutschland. Sie ist nur ein Symptom.

#### IV. Jaspers als Gefahr für die Demokratie?

Das habe ich nirgends behauptet; aber ich halte Jaspers' Argumentationsweise für gefährlich, weil sie — hierin kann ich Bernhard Vogel nur zustimmen — angesichts der Autorität des Philosophen ein Freibrief für Unpolitische ist, im unfruchtbaren Moralisieren zu verharren. Als Praktiker der politischen Bildung, der einigermaßen zu wissen glaubt, wie schwer seine Aufgabe ist, muß ich meiner tiefen Enttäuschung über den Philosophen Jaspers Ausdruck geben; ich hatte Hilfreiches von ihm erwartet und finde, was ich bei meinen Schülern als unzulänglich zu überwinden trachte.

Castner bedauert den Mangel an weiterführender Auseinandersetzung mit Jaspers. Liegt die Schuld nicht doch mehr bei Jaspers als bei seinen Kritikern? Kann man ein Gespräch beginnen, indem man dem Partner den rechten Glauben abspricht? Die Diskussion über die von Jaspers angesprochenen politischen Probleme war vorhanden und geht weiter — auch ohne seinen Beitrag.

Hans Buchheim schrieb vor einigen Jahren: „Die Moralisten stellen es gern so dar, als benutzten die Politiker das politische Kalkül

dazu, dem Appell an ihre Gewissen die Eindeutigkeit zu nehmen und sich auf diese Weise um unbequeme Entscheidungen zu drücken; vernünftige Erwägung des Für und Wider tun sie als Spitzfindigkeit und Klügelei ab. Dagegen habe ich eher den Eindruck, daß man gerade bei uns in Deutschland aus einer politischen Problematik gern die tatsächlichen oder eingebildeten moralischen Aspekte herausfischt, um sich um die Mühsal der politischen Analyse, um die Erwägung eines komplizierten Für und Wider zu drücken“<sup>\*)</sup>. Genau dies ist es, was ich Jaspers vorwerfe. Die moralische Basis für politische Handlungen, die ohnehin immer nur indirekt faßbar wird, wird auf diese Weise dem Kritisierten abgesprochen. Ist es verwunderlich, daß die solcherart Angegriffenen zur Tagesordnung übergehen? In meinem früheren Aufsatz ging es mir aber darum, Gründe für die These anzuführen, daß hier ein Strukturfehler im politischen Denken von Karl Jaspers sichtbar wird, den ich für die Folge eines (verdeckten) Absolutheitsanspruchs seiner Philosophie halte.

\*) FAZ vom 14. 8. 1963 S. 9.